

„Zero Covid“: Eine sozialistische Initiative im totalitären Klassenkampf



Von RAMIN PEYMANI (liberale-warte.de) | Seit Tagen sorgt eine neue Kampagne für Schlagzeilen. Angeführt von Georg Restle, Leiter des ARD-Magazins „Monitor“, und der Klimaaktivistin Luisa Neubauer fordern die Initiatoren einen sofortigen Kurswechsel in der Corona-Politik. Doch nicht etwa die unverzügliche Aufhebung der wirkungslosen Grundrechtseinschränkungen ist ihr Ziel, sondern eine Verschärfung.

„Solidarischer Shutdown statt ermüdender Endlos-Lockdown“, lautet ihr Slogan. Weit mehr als 80.000 Unterstützer haben sich dem Aufruf bereits angeschlossen. Restle, Neubauer & Co. sind der Ansicht, alle „nicht unmittelbar für die Daseinsvorsorge notwendigen Betriebe“ müssten bis auf weiteres stillgelegt und deren Produktion eingestellt werden. Dies müsse „auch gegen kurzfristige Wirtschaftsinteressen“ erfolgen. Mit dieser Maßnahme, so sind sich die Initiatoren sicher, lasse sich erreichen, dass bald kein einziger Corona-Fall mehr auftrete, weshalb sich die Initiative den Namen „Zero Covid“ gegeben hat.

Epidemiologen und Virologen winken kopfschüttelnd ab, und auch der gesunde Menschenverstand sagt uns, dass wir das Virus nicht so bald zurückdrängen werden. Ganz ausrotten sowieso nicht. Die Betreiber der Kampagne blenden unter anderem aus,

dass die Reduktion der Kontakte durch die Schließung eines Großteils der Firmen eben nicht automatisch eine Begrenzung von Begegnungen im privaten Umfeld bedeutet. Ihr Vorgehen würde nicht einmal dann etwas bringen, wenn der geforderte Shutdown von „autoritären Ausgangssperren von zweifelhafter Wirkung“ begleitet würde, gegen die sich die „Zero Covid“-Aktivisten allerdings zurecht vehement aussprechen.

Unternehmerhass der Sozialisten in Vorwand des Kampfes gegen Corona gekleidet

Die Forderung nach einer „mehrwöchigen Pause“ für Betriebe bleibt nebulös. Ebenso skizzieren die Aktivisten wohlweislich nicht, welche Unternehmen sie denn der „grundlegenden Daseinsfürsorge“ zuordnen. Ganz genau weiß die von extremen Linken und grünen Ideologen dominierte Initiative aber, dass die Schließungen „durch einen vollen Lohnausgleich solidarisch finanziert werden“ sollen. Mit anderen Worten: Steuerzahlergeld fürs Daheimbleiben – die Lieblingsformel der Internationalen Linken.

Nicht einmal das Arbeiten von Zuhause – in vielen Branchen bereits angewandtes Modell – sei akzeptabel, weil es „die Lasten einseitig den Beschäftigten“ aufbürde. Auch dies verdeutlicht, dass es eben nicht um den Infektionsschutz geht, sondern darum, die Corona-Krise für den Kampf gegen das Unternehmertum zu nutzen. Wer nicht systemrelevant ist, wird zugemacht. Basta! Und wer systemrelevant ist, bestimmen die Linken.

Weg mit den profitgierigen Ausbeutern und mit allen Arbeitsplätzen, die dranhängen. Der Staat wird sich danach schon kümmern. Das bedingungslose Grundeinkommen lässt grüßen. Der krude, gesellschaftsfeindliche Unternehmerhass der Sozialisten wird in den Vorwand des Kampfes gegen Corona gekleidet, um der eigenen Ideologie endlich zum Erfolg zu verhelfen.

Es ist beileibe kein Zufall, dass dieselben Protagonisten mitmischen, die schon beim vermeintlichen Kampf gegen den Klimawandel an vorderster Front stehen. Den Fanatikern, die den Totalumbau der westlichen Gesellschaften zu kollektivistisch organisierten Herden anstreben, ist kein Manöver zu durchschaubar, um ihre plumpen Marxismus-Phantasien auszuleben.

Die Vorstellungen sind totalitär und bemitleidenswert unausgegoren

Europaweit soll der „solidarische Shutdown“ implementiert werden. Doch warum nicht gleich in der ganzen Welt? Eine Chance gäbe es doch überhaupt nur, wenn 7,8 Milliarden Menschen mitmachen oder die Grenzen mindestens aller europäischen Länder konsequent abgeriegelt würden. Da jedoch beißt sich der Hund in den Schwanz, weil den für die Daseinsvorsorge notwendigen Unternehmen als Nebeneffekt schon bald der Nachschub ausgehen dürfte.

Vielleicht sollte die illustre Schar direkt oder indirekt auf Kosten der Steuerzahler lebender Denker doch noch einmal in sich gehen, so sehr sich die Unterzeichner von „Zero Covid“ als Linksjugend, Antifa oder Feministisches Streikkollektiv bisher um unser Land verdient gemacht haben. Die Forderung ist nicht nur totalitär, sondern in ihrer kindlichen Naivität auch bemitleidenswert unausgegoren. Es fehlt am Grundverständnis einfachster Wirtschaftszusammenhänge. Selbst die linke „taz“ kann sich das Lachen nicht verkneifen.

Konkret werden die Forderungen der Restle-Truppe immer nur bei der Frage, wer den Unsinn bezahlen soll. „Sonderabgaben auf Unternehmensgewinne und sehr hohe Vermögen“ sollen es richten. Wie kreativ. Da hätte ich doch glatt eine Frage: Wie wäre es, lieber Herr Restle, wenn Sie selbst und Ihre grandios entlohnten ARD-Manager mit gutem Beispiel vorangingen?

Und was mich noch mehr interessiert: Wieso halten Sie sich und

Ihresgleichen eigentlich für systemrelevant? Ich wäre tatsächlich bereit, dafür zu bezahlen, dass Sie ab sofort zuhause bleiben und mich nicht mehr vom TV-Bildschirm aus heimsuchen. Bezahlt daheim bleiben würden Millionen andere übrigens gerne auch. Nur müssen die leider das Geld für Sie und Ihre linken Staatsalimentierten verdienen. Mit oder ohne Corona.

(Im Original erschienen auf Ramin Peymanis liberale-warte.de)